

DIE LINKE. Ratsfraktion, Dortmund Str. 162, 44577 Castrop-Rauxel

An den
Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel
Herrn Rajko Kravanja

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel
Dortmunder Str. 162
44577 Castrop-Rauxel

☎ 01522-9854961

✉ ratsfraktion@die-linke-castrop.de

🌐 www.die-linke-castrop.de

Castrop-Rauxel, den 11.06.2019

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands und der Einleitung sofortiger und ambitionierter Maßnahmen gegen die Klimakrise

Sehr geehrter Herr Kravanja,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Antrag:

Die Stadt Castrop-Rauxel erklärt angesichts des vom Menschen verursachten Klimawandels, dass es hohe Priorität der städtischen Politik ist, zu seiner Eindämmung beizutragen.

Die Stadt Castrop-Rauxel unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency (Klimanotstand), die diesem Antrag beigefügt ist.

Begründung:

Die Stadt Castrop-Rauxel ist 1995 dem Klimabündnis/Alianza del Clima beigetreten. Sie hat sich damals verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahre 2010 um 50% zu senken.

Trotz vieler Bemühungen seitdem, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, wurde dieses Ziel nicht erreicht.

Um die Katastrophe noch aufzuhalten, haben Kommunen in aller Welt wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel, zuletzt auch die Städte Münster und Bochum, den Klimanotstand ausgerufen. Sie wollten damit ein Signal setzen.

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency (Klimanotstand), siehe Erläuterung zum Begriff am Ende des Antrags) – Text im Internet

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierte globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich zu reduzieren.

Bereits 1,5°C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Wir dürfen nicht zulassen, dass das kapitalistische Wirtschafts- und Konsumsystem unsere Lebensgrundlagen in wenigen Jahrzehnten unwiederbringlich zerstört.

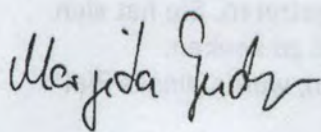
Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen.

Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Die Stadt Castrop-Rauxel erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:

- Castrop-Rauxel wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Castrop-Rauxel orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC – in deutschsprachigen Medien zumeist als „Weltklimarat“ bezeichnet), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Castrop-Rauxel fordert von der Bundesregierung die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Castrop-Rauxel fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

Mit freundlichen Grüßen



DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

Begriffserläuterung: Die Begriffe „Climate Emergency“ bzw. „Klimanotstand“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

23.6 Resolution der Ratsfraktion DIE LINKE vom 12.06.2019_Ausrufung des Klimanotstands und der Einleitung sofortiger und ambitionierter Maßnahmen gegen die Klimakrise (2019/138)

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen ab.